



Zukunft braucht Erinnerung

lokal-Interview mit Stanislaw Glowacki, Akademischer Künstler und Nachfahre polnischer Zwangsarbeiter

lokal: Herr Glowacki, was hat es für Sie bedeutet, bei dieser Ausstellung mitgearbeitet zu haben?

Glowacki: Schon wegen meiner familiär-geschichtlichen Vergangenheit war es mir ein Bedürfnis an dieser spannenden Auseinandersetzung mit der regionalen NS-Vergangenheit mitzuarbeiten.

lokal: Was antworten Sie Menschen, die argumentieren: „Lasst doch die Sachen ruhen! Das ist doch alles längst vorbei!“

Glowacki: „In unserer Region hat keine angemessene und nachhaltige Aufklärung über die NS-Zeit stattgefunden. Es ist eine gesellschaftspolitische Verpflichtung so eine bedeutungsvolle Historie aufzuarbeiten.“

lokal: Sie hätten gerne ein Denkmal, das an die Zwangsarbeiter hiezuerte erinnert. Ist das Städtedreieck nach dieser Ausstellung reif dafür?

Glowacki: Damit nach der Ausstellung die Historie nicht in Vergessenheit gerät, wäre eine nachhaltige Erinnerungsarbeit in Form von Städtepartnerschaften, Jugendarbeit und Erstellung eines Gedenkens an die Zwangsarbeiter im Städtedreieck von außerordentlicher Bedeutsamkeit. In unzähligen Städten und Gemeinden Deutschlands gehört die beiderseitige Aufarbeitung zum gesellschaftlichen Alltag, daher meine ich, dass eine Erinnerung, Begegnung, Verständigung und Versöhnung auch im Städtedreieck erreichbar wäre.

lokal: Sie haben sich bereits Gedanken über ein solches Denkmal gemacht und wie es aussehen sollte!

Glowacki: Das beabsichtigte Denkmal für die Zwangsarbeiter (s. Skizze o.) soll Einerseits eine Mahnung an die menschliche Tragödie und Andererseits ein Appell an das menschliche Miteinander symbolisieren. Dieser Teil der Geschichte gehört zwar der Vergangenheit an, sollte aber nicht in Vergessenheit geraten. Die meisten ehemaligen Zwangsarbeiter und Zeitzeugen sind bereits verstorben, daher gelte es für die heute noch Lebenden zu verhindern, dass das Wissen um diese Schicksale nicht verblasen und irgendwann keine Fragen mehr gestellt werden.



Teilnehmer der Podiumsdiskussion v.l.n.r.: Bernhard Rothdäuscher, Dr. Margit Berwing-Wittl, Matthias Haberl, Stanislaw Glowacki, Clemenz Fritz, Oskar Duschinger, Jan Jansen und Chris Humbs (... Mikrofon im Zuhörerforum unterwegs)

„Flick war kein Mitläufer“

„Zeichen gegen Rechts setzen!“

MAXHÜTTE-HAIDHOF (sr). Rund zweieinhalb Stunden diskutierten rund 80 Besucher und die Mitglieder der Projektgruppe „Zwangsarbeit“ e. V. Chris Humbs, Jan Jansen, Dr. Margit Berwing-Wittl, Bernhard Rothdäuscher, Matthias Haberl und Clemenz Fritz unter der Moderation von Autor Oskar Duschinger über die Ausstellung „Städtedreieck unter Hakenkreuz“, über Flick, über die Zwangsarbeiter im Städtedreieck und darüber, wie es mit der Ausstellung weitergehen soll.

Zunächst wurde der Beitrag des dritten Bayerischen Fernsehens über die Ausstellung und die Diskussion über eine Umbenennung der Friedrich-Flick-Straßen eingespielt. Im Verlauf der Diskussion machte Historiker Jan Jansen noch einmal deutlich, dass Friedrich Flick kein Mitläufer, sondern Profiteur des NS-Regimes war und die Zwangsarbeiter in seinen Werken für seinen Profit ausbeutete. Chris Humbs bedauerte, dass kein Politiker, der die Umbenennung der Friedrich-Flick-Straße oder die Ausstellung ablehne, sich der öffentlichen Diskussion stelle. Bernhard Rothdäuscher sprach sich dafür aus, die Diskussion in den Stadträten voran zu treiben und SPD-Stadtratskollege Matthias Haberl aus Teublitz meinte, es habe ihn erschüttert, wie viel „Unwissenheit über den Nationalsozialismus und den Einsatz

von Zwangsarbeitern in unserer Region“ vorherrschten. Clemenz Fritz, Geschichtslehrer am Johann-Michael-Fischer-Gymnasium betonte die Bedeutung der Ausstellung für die junge Generation. Nur mit dem Wissen um die unheilvolle Vergangenheit werde die Jugend eine friedvollere Zukunft gestalten lernen. Dr. Berwing-Wittl zeigte sich offen dafür, Teile der Ausstellung auch im Burglengelfelder Volkskundemuseum zu zeigen und regte an, nach den „wahren Helden“ der NS-Zeit zu forschen, um sie zu ehren.

Idee des Bürgerentscheids

Grünen-Kreisrat Rudi Sommer forderte aus dem Zuhörerforum heraus „geschichtsbewusste und mutige Maxhütter“ auf, einen Bürgerentscheid herbeizuführen, um dem verurteilten Kriegsverbrecher Friedrich Flick die Ehre des Straßennamens in Maxhütten-Haidhof zu entziehen. Ein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus Sulzbach-Rosenberg appellierte an die Bürger des Städtedreiecks, keine Angst vor Veränderung zu zeigen. Immer wieder wurde im Zuhörerforum Kritik an der „unrühmlichen“ 24:0 Entscheidung des Maxhütter Stadtrates laut. „Nun müssten die Frauen die Wende herbei führen“, so eine Zuhörerin, „wenn die Männer schon nicht sensibel genug wären bei

diesem brisanten Thema“. Ein ehemaliger Maxhütten-Arbeiter machte deutlich, dass es für die „Eisenwerker“ nicht so einfach sei, über ihren Schatten zu springen, zumal sie mit der Maximilianshütte noch immer viele positive Erinnerungen verbinden würden. Seit dem Besuch der Ausstellung sei ihm jedoch klar geworden, dass die Maximilianshütte für Flick nur Mittel zum Zweck war.

Nur Mittel zum Zweck

Moderator Oskar Duschinger ergänzte, dass Flick über viele Jahre hinweg das Werk Haidhof habe „brach liegen lassen“, da er geplant habe, Haidhof durch das Hüttenwerk in Unterwellenborn in Thüringen zu ersetzen. Nach dem verlorenen Krieg und dem Wegfall seiner Werke in Unterwellenborn und Zwickau sei die Maximilianshütte für Flick schlagartig wieder „etwas wert gewesen“.

Kurz vor der Diskussionsrunde war bekannt geworden, dass die SPD-Stadtratsfraktion Schwandorf einen Antrag auf Umbenennung der Friedrich-Flick-Straße in Fronberg gestellt hatte. In der Begründung wurde ausgeführt, „dass bei der Straßenbenennung außeracht gelassen wurde, dass Friedrich Flick nicht nur Mitläufer, sondern Unterstützer und Profiteur des nationalsozialistischen Terrorsystems war“ und er sein „Firmenimperium nur durch das durch Spenden erkaufte Wohlwollen der Nationalsozialisten aufbauen konnte“.

Die Stadt Schwandorf, so der SPD-Landtagsabgeordnete Franz Schindler, solle „die im Städtedreieck geführte Diskussion zum Anlass nehmen, die Straße umzubenennen und damit auch ein Symbol im Kampf gegen den Rechtsextremismus setzen“.

„Das Schweigen muss aufhören!“

Ausstellung in der Hütterschänke / Ein Ort der Begegnung

Rund 1000 Besucher besuchten bisher die Ausstellung „Städtedreieck unterm Hakenkreuz“ - NS-Zwangsarbeit im ländlichen Raum“.

Judith Höhne aus Regensburg, die an einer Magisterarbeit über Geschichtspolitik und Erinnerungskultur schreibt, erlebt als Ausstellungsaufsicht in der Hütterschänke immer wieder bewegende Szenen.

Gegenüber LOKAL erklärte Höhne, dass viele Ausstellungsbesucher nach dem Besuch der Ausstellung das Bedürfnis hätten, darüber zu reden. Dabei macht die Studentin darauf aufmerksam, dass die Ausstellung ausdrücklich zur Diskussion anregen solle. Es seien etliche ehemalige Eisenwerker gekommen, deren „Weltbild nach der Besichtigung der Ausstellung zerbrochen“ sei, so Höhne. Viele seien berührt von den Schicksalen, die dargestellt seien. Immer wieder hört sie den Satz: „Das wussten wir nicht!“ Besonders im Focus der Ausstellungsbesucher sei die Rubrik „Städtedreieck unterm Hakenkreuz“, wo plötzlich Familienmitglieder erkannt würden, Bekanntes entdeckt wird. Plötzlich tauchten die Bilder aus der Vergangenheit im Kopf wieder auf. Lebensgeschichten würden erzählt, das jahrzehntelange Schweigen gebrochen. Die jungen Besucher, so Höhne, zeigten sich besonders betroffen von den dargestellten Einzelschicksalen. Und gelegentlich hört sie auch die Einsicht: „Das Schweigen muss aufhören!“